



PROTOKOLL

DER 7. SITZUNG DES EINWOHNERRATES, 8212 NEUHAUSEN AM RHEINFALL

Datum, Zeit, Ort **Donnerstag, 13. November 2008** **19.00 – 21.30 Uhr**
Aula Rhyfallhalle, Neuhausen am Rheinfall

Präsenz 19 Einwohnerräte (ER)
 Gemeindepräsident
 4 Gemeinderäte (GR)
 Gemeindeschreiberin
 Aktuarin
 Rechnungsprüfungskommission (RPK)

Vorsitz ER-Präsident Dr. Ernst Schläpfer (SP)

Entschuldigt ER Ueli Furrer (ÖBS)

Protokoll Das Protokoll der 5. Sitzung vom 21. August 2008 hat im Ratsbüro zirkuliert. Es liegen keine Beanstandungen vor. Es wird genehmigt und der Aktuarin, Frau Sandra Ehrat, verdankt.

Das Protokoll der 6. Sitzung vom 25. September 2008 hat im Ratsbüro zirkuliert. Es liegen keine Beanstandungen vor. Es wird genehmigt und der Aktuarin, Frau Sandra Ehrat, verdankt.

Mitteilungen - Provisorische Daten der Einwohnerratssitzungen 2009
 - Medienmitteilung des Gemeinderates betr. des Endlagers der Nagra "Neuhausen wehrt sich!"

Neueingänge - Postulat Jakob Walter (SP): Geschenk der Kantonalbank

Traktandenliste

1. Bericht und Antrag betreffend Stellenplan für das Jahr 2009
2. Budget 2009
 - Genehmigung Bericht und Antrag
 - Genehmigung Budget und Steuerfuss 2009
3. Postulat Renzo Loiudice (SP): Sozial- und ökologisch nachhaltiges Beschaffungswesen
4. Interpellation Ernst Schläpfer (SP): Trottentheater

Die Traktandenliste wird genehmigt.

**Pendente Geschäfte**

Vorstösse:	Text:	Eingang:	Behandlung ER:	Fristerstreckung:
Volksmotion	Gesamtplanung von Mobilfunkantennen statt Stückwerk		08.12.2005 Volksmotion als erheblich erklärt.	Bis 31.12.2009
Postulat	Christian Di Ronco (CVP): Moratorium für Bewilligung von Baugesuchen für Mobilfunkantennen der neuesten Generation GMB/UMTS	03.01.2006	12.01.2006 als erheblich erklärt. 16.08.2007 nicht als erledigt abgeschrieben.	Bis 31.12.2008
Postulat	Dr. Ernst Schläpfer (SP): Tempo 30 Rabenfluhstrasse	22.02.2007	08.03.2007 als erheblich erklärt.	Bis 31.12.2008
Postulat	Willi Josel (SVP) betreffend Alternativen zum Trolleybusbetrieb	02.07.2007	16.08.2007 als erheblich erklärt.	Vorlage beim Einwohnerrat.
Postulat	Ueli Furrer (ÖBS): Errichtung einer Grabstätte mit Gemeinschafts-Namensplatte	09.11.2007	13.12.2007 als erheblich erklärt.	
Postulat	Christian Di Ronco (CVP): Förderbeiträge für den Einsatz von Minergie-Standard oder erneuerbare Energie beim Bau oder Umbau von Wohnraum	03.07.2008	21.08.2008 als erheblich erklärt.	
Postulat	Markus Anderegg (FDP): Erneuerbare Energiegewinnung, Oekoeffizienz, Minergie-Status	03.07.2008	21.08.2008 als erheblich erklärt.	
Postulat	Renzo Loiudice (SP): Sozial- und ökologisch nachhaltiges Beschaffungswesen	25.09.2008		

ER-Präsident Dr. Ernst Schläpfer (SP)

Ich begrüsse Sie und eröffne die 7. Sitzung in diesem Jahr.

Wir wünschen ER Ueli Furrer (ÖBS) an dieser Stelle von Herzen gute Besserung.

Ich habe mich sehr gefreut, dass ich Sie fast alle in die Gegend meiner Jugendjahre am Henkermöhli entführen durfte und hoffe, Sie haben den Anlass auch genossen.



TRAKTANDUM 1 Bericht und Antrag betreffend Stellenplan für das Jahr 2009

ER-Präsident Dr. Ernst Schläpfer (SP)

Ich habe mich bereits erkundigt, der Gemeinderat wünscht zu diesem Traktandum nicht das Wort.

Eintretensdebatte:

ER Peter Schmid (SVP)

Wir beanstanden hier, dass die Unterlagen wieder sehr spät gekommen sind. Die SVP stimmt aber dem Stellenplan zu.

ER Nil Yilmaz (SP)

Die Fraktion ist auch mit dem Stellenplan einverstanden und ist für Eintreten.

ER Felix Tenger (FDP)

Ich kann mich meinen Vorrednern anschliessen, aber auch dem Votum von ER Peter Schmid (SVP) bezüglich dem Versand der Unterlagen. Ich denke der Stellenplan hat sicher früher als nur eine Woche vor der Einwohnerratssitzung vorgelegen. Ich wäre wirklich auch dankbar, wenn die Unterlagen wieder etwas disziplinierter verschickt werden. Das Budget war super, da hatten wir wirklich genug Zeit, aber die anderen Unterlagen waren sehr knapp. Wir stimmen dem Stellenplan aber trotzdem zu.

ER Thomas Theiler (CVP)

Die CVP hat die Zahlen angeschaut und auch wir werden dieser Vorlage zustimmen.

GP Stephan Rawyler

Ich danke Ihnen für die wohlwollende Aufnahme dieses Stellenplans. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass Sie die Unterlagen sehr spät erhalten haben. Der Stellenplan wurde am 4. November 2008 erstellt und am 5. November 2008 im Gemeinderat besprochen und dann gleich verschickt. Das hat damit zu tun, dass die Kapazität in der Zentralverwaltung zurzeit wirklich jenseits des Limits ist. Die Zentralverwaltung ist zurzeit überlastet. Wir haben im Finanzreferat eine sehr knappe Personaldichte und wenn dort ein gesundheitliches Problem bei einer Mitarbeiterin oder einem Mitarbeiter auftritt, dann schlägt sich das sofort nieder. Es finden aber keine gewichtigen Veränderungen zum letztjährigen Stellenplan statt, trotzdem hoffe ich, dass Sie dem Stellenplan wie angekündigt zustimmen können. Besten Dank.

Keine Detailberatung.



Antrag:

Für das Jahr 2009 werden 194 Stellen bewilligt.

Der Antrag wird mit 18 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

Das Geschäft ist somit erledigt.

**TRAKTANDUM 2 Budget 2009**

- **Genehmigung Bericht und Antrag**
 - **Genehmigung Budget und Steuerfuss 2009**
-

GP Stephan Rawlyer

Das Budget 2009 präsentiert sich in ordentlicher Verfassung, indem ein Ausgabenüberschuss von Fr. 64'800.00 budgetiert werden muss. Dies ist mit Blick auf die folgenden Unwägbarkeiten ein achtbares Resultat und entspricht auch dem Finanzplan 2009 - 2012, welcher ein Ausgabenüberschuss von Fr. 77'400.00 prognostiziert hatte.

Die Steuereinnahmen 2009 der natürlichen Personen sind schwierig zu budgetieren, zumal die Steuergesetzrevision erst vor kurzem im Kantonsrat verabschiedet wurde. Im vorliegenden Budget ist eine Reduktion der Steuereinnahmen wegen dieser Steuergesetzrevision von 4 % eingerechnet, was der Empfehlung des Finanzdepartements des Kantons Schaffhausen entspricht. Aufgrund der vom Kantonsrat angenommenen Variante sind diese 4 % aber eher als knapp zu bezeichnen. Vermutlich dürfe der Ausfall eher im Bereich 5 – 6 % zu beziffern sein. Dies sollte aber möglicherweise wieder aufgefangen werden durch teuerungsbedingte Lohnerhöhungen, die entsprechende Erhöhungen auch beim Steuerertrag abwerfen dürften. Letzte Sicherheit werden wir aber erst mit der Rechnung 2009 haben. Dann werden wir auch sehen, wie es im Bereich Steuern aussieht.

Hinzu kommt, dass auch die Steuereinnahmen der juristischen Personen 2009 möglicherweise sich nicht so entwickeln wie dies bis vor kurzem von Seiten des Kantons noch angenommen wurde. Die weiterhin dräuende Finanzkrise, welche sich an den Börsenkursen auch der lokal verankerten Unternehmen ablesen lässt, verunsichert. Zwar spielen die Grossbanken als Steuerzahlerinnen in Neuhausen am Rheinfall keine entscheidende Rolle, aber es muss mit einer deutlichen Abkühlung der wirtschaftlichen Situation gerechnet werden, womit auch die Erträge der juristischen Personen zurückgehen werden. Bereits 2008 ist festzustellen, dass bei den juristischen Personen die budgetierten Steuereinnahmen nicht in der erhofften Höhe eingehen werden. Damit ist ungewiss, ob die 2007 beschlossene Steuergesetzrevision, von welcher die juristischen Personen massiv profitieren konnten, in Neuhausen am Rheinfall tatsächlich ohne substantielle Steuereinbußen umgesetzt werden kann.

Die bereits erwähnte Finanzkrise wird insbesondere bei den Vermögenssteuern Spuren hinterlassen, zumal die börsenkotierten Werte Ende 2008 wohl weiterhin einen Wert aufweisen werden, welcher deutlich unterhalb des Werts per Ende 2007 liegt. Allein schon aus diesem Grund ist bei den natürlichen Personen mit einem Rückgang der Steuern zu rechnen.

Schliesslich ist darauf hinzuweisen, dass den Schaffhauser Gemeinden die Erfahrung mit dem neuen Finanzausgleich noch fehlt. Ob die vom Volkswirtschaftsdepartement angestellten Berechnungen hinsichtlich Belastungen und Entlastungen der Gemeinden effektiv eintreffen, kann frühestens anhand der Rechnung 2008 erhärtet werden.

Trotz dieser sich verdüsternden Aussichten ist der Gemeinderat Neuhausen am Rheinfall der Überzeugung, dass - wie bereits für 2008 dem Einwohnerrat vorgeschlagen - für 2009 einen um 1 Steuerfussprozent tieferen Steuersatz von 96 % zu erheben ist. Der Einwohnerrat ist im November 2007 einen Schritt weitergegangen und hat einen Rabatt von einem weiteren Prozent gewährt. Diesen Schritt hat der Gemeinderat bereits 2007 ohne Erfolg bekämpft. Eine nochmalige Gewährung dieses zusätzlichen Rabatts würde das Defizit unserer Gemeinde gegen Fr. 300'000.00 erhöhen, was mit Blick auf das sich in Revision befindliche Steuergesetz



schlechthin nicht zu verantworten wäre. Mit einem Steuerfuss von 96 % ist im übrigen Neuhausen am Rheinflall steuerlich weiterhin sehr attraktiv innerhalb des Kantons Schaffhausen. Das strategische Ziel, uns allmählich dem Steuerniveau im Zürcherischen Weinland anpassen zu können, bleibt aber selbstverständlich bestehen. Ein wichtiger Schritt dorthin geschieht mit der nun vom Kantonsrat verabschiedeten Steuergesetzrevision, welche eine spürbare Entlastung für Familien und den Mittelstand bringen wird. Der Gemeinderat oder zumindest ich gehe davon aus, dass diese Revision beim Volk auf Zustimmung treffen wird.

Der Gemeinderat hat sich entschlossen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die volle Teuerung per 30. September 2008, mithin 2.9 % auszugleichen. Hinzu kommt je nach Qualifikation eine individuelle Lohnerhöhung, wofür insgesamt weitere 0.7 % der vom Gemeinderat beeinflussbaren Lohnsumme im Budget bereitgestellt wurden. Insgesamt erhöht sich daher die erwähnte Lohnsumme um 3.6 %, womit die Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitnehmerschaft einverstanden sind. Für die Lehrerinnen und Lehrer als Kantonsangestellte gilt demgegenüber der leicht tiefere Ansatz des Kantons von 3.5 %. Zu beachten ist, dass die Kosten für die Pensionskasse wieder ansteigen, da diese erneut eine Unterdeckung aufweist und daher wieder Sonderbeiträge einfordern wird. Mithin werden die Gemeindeangestellten im Jahre 2009 effektiv weniger im Portemonnaie vorfinden als im Jahre 2008, denn die Sonderbeiträge machen 1 % aus. D.h. 3.6 % minus 1 % ergibt 2.6 % und die Teuerung ist 2.9 %. Also hat man weniger zur Verfügung, trotz der an sich stattlichen Lohnerhöhung.

Das Rohbudget sah ein Defizit von Fr. 1.54 Mio. auf, wobei die Referatsleiterin und die Referatsleiter bereits sorgfältig budgetiert hatten. Dies erforderte besondere Anstrengungen des Gemeinderats, ein einigermaßen ausgeglichenes Budget zu erreichen. Der Gemeinderat liess sich aber nicht entmutigen und ging wie gewohnt Budgetposten für Budgetposten durch. Dies ermöglichte das nun vorliegende Ergebnis.

Der Sachaufwand erhöht sich gegenüber 2008, was aber im Wesentlichen allein auf stark gesteigerte Gaseinkäufe beim Gaswerk zurückzuführen ist. Diesem ist es erfreulicherweise gelungen, einen neuen Grosskunden zu gewinnen. Damit können die Fixkosten des Gaswerks besser verteilt werden und die Ertragssituation verbessert sich entsprechend.

Nicht zu befriedigen vermögen die Einnahmen weiterhin bei der Abwasserreinigung sowie bei der Grünabfuhr. Beide Bereiche sind mit einem Nettoaufwand von Fr. 279'000.00 respektive von Fr. 240'200.00 klar defizitär, obwohl der Bund eine ausgeglichene Rechnung vorschreibt. Der Werkreferent hat den Gemeinderat dahingehend orientiert, dass der Einwohnerrat zu Beginn der nächsten Legislaturperiode Vorlagen zu diesem Themenbereich erhalten wird.

Die Alters- und Pflegeheime rechnen mit einem Nettoaufwand im nächsten Jahr. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass der Kanton ein neues Pflegegesetz verabschiedet hat. Dessen Auswirkungen lassen sich zurzeit noch nicht abschliessend bestimmen. Es ist jedoch das erklärte Ziel des Gemeinderats, die Heime so führen zu lassen, dass zumindest mittelfristig einigermaßen ausgeglichene Rechnungen resultieren.

Die Sozialhilfe verharrt weiterhin auf hohem Niveau, ohne allerdings im Vergleich zu 2007 noch in bedeutendem Mass anzusteigen. Im Vergleich zum Budget 2008 ergibt sich sogar eine Reduktion.

Die degressiven Abschreibungen erfolgen gemäss dem kantonalen Finanzhaushaltsgesetz wiederum mit einem Satz von 10 %. Dadurch können wir unseren Gläubigern recht gute Finanzkennzahlen liefern, was sich in erfreulich tiefen Zinssätzen bei den Darlehensschulden niederschlägt.



Das Investitionsbudget liegt etwas höher als das Budget 2008, jedoch deutlich unterhalb der Rechnung 2007 und entspricht weitgehend dem Finanzplan 2009 - 2012. Die vorgesehenen Investitionen sollten von der Verwaltung zu bewältigen und von der Gemeinde zu finanzieren sein. Dabei helfen die nach wie vor sehr tiefen Zinsen enorm. Es ist jedoch einmal mehr darauf hinzuweisen, dass das aktuelle Investitionsniveau nicht gehalten werden kann. In den kommenden Jahren müssen die Investitionen bescheidener ausfallen.

Das Wasserwerk wird 2009 ein mit 2008 vergleichbares Ergebnis vorweisen. Das Gaswerk kann demgegenüber seinen Ertrag 2009 voraussichtlich markant steigern, was auf die Gewinnung des neuen Grosskunden zurückzuführen ist. Damit verbunden ist im Übrigen eine Verbesserung der Luftqualität, da nun in Neuhausen am Rheinfall in bedeutsamem Umfang weniger Schweröl verbrannt wird. Die von den Werken geplanten Investitionen sind erforderlich, um ein gut funktionierendes Gas- und Wassernetz in unserer Gemeinde erhalten zu können. Diese Investitionen entsprechen den Vorjahren, wobei zusätzlich die Investitionen für die Attraktivierung und Beruhigung des Ortszentrums anfallen.

Die Rechnungsprüfungskommission hat das Budget 2009 bereits geprüft und keine ins Gewicht fallenden Verbesserungen mehr gefunden. Dies zeigt, dass der Gemeinderat alle realistischen und auch effektiv realisierbaren Sparmöglichkeiten genutzt hat. Zu danken habe ich dem Zentralverwalter, der in gewohnt speditiver und zuverlässiger Weise die Budgetzahlen zusammengetragen und immer wieder geduldig neue grössere und kleinere Änderungen im Budget nachgetragen hat. Ebenfalls zu Dank verpflichtet bin ich meinen Kollegen im Gemeinderat und der Gemeindeverwaltung, indem alle mitgeholfen haben, das vorliegende Budget aufzustellen und auch gewillt sind, dieses einzuhalten. Ein besonderer Dank gebührt auch der Rechnungsprüfungskommission und wir danken den einzelnen Mitgliedern für die geleistete Arbeit. Ich bin für die Diskussionen immer dankbar und Anregungen nehmen wir immer gerne auf. Last but not least danke ich der Gemeindeschreiberin für die Zusammenstellung der Kommentare. Namens des Gemeinderates beantrage ich Ihnen auf das Budget einzutreten und den Anträge, wie Sie in der schriftlichen Fassung im Budget aufgeführt sind, zuzustimmen.

Hans Schärler, Präsident der Rechnungsprüfungskommission (RPK)

Die Rechnungsprüfungskommission hat den Voranschlag 2009 eingehend geprüft. Wir stellen fest, dass im Gemeinderat und in der Verwaltung der Budgetprozess ernst genommen wird. Ein Vergleich zwischen Rechnung 2007 und Budget 2008 zeigt, dass nicht einfach auf Basis 2008 hochgerechnet worden ist. Wohl aufgrund der Kenntnis der laufenden Zahlen aus 2008 sind für das Budget 2009 Korrekturen angebracht worden.

Auf Seiten der Steuereinnahmen sehen wir wie der Gemeinderat wenig Spielraum. Es wäre falsch, die budgetierten Zahlen als zu pessimistisch einzuschätzen. Aufgrund der bis heute bekannten Zahlen darf nicht davon ausgegangen werden, dass die Quelle stärker sprudeln wird. Die herrschende Finanzkrise wird sich 2009 bei den Vermögenssteuern bemerkbar machen, die Einkommenssteuern der natürlichen Personen werden darauf aber nur verzögert reagieren. Die Steuern der juristischen Personen zeigen bereits 2008 eine sinkende Tendenz. Dieser Trend wird sich 2009 sicher nicht umkehren. Alles in Allem sind die im Budget präsentierten Zahlen realistisch und erreichbar.

Wie bereits erwähnt, sehen wir auch beim Sach- und Personalaufwand im Budget, dass nach besten Wissen und Gewissen erstellt worden ist. Es wird nicht mit der grossen Kelle angerichtet. Die Sozialkosten haben sich auf hohem Niveau stabilisiert. Die Zukunftsperspektiven sind aber nicht so, dass wir davon ausgehen können, dass sich diese an sich erfreulich Tatsache auch in Zukunft halten kann. Die vom Gemeinderat vorgeschlagene Erhöhung des Personalaufwandes um



3.6 % ist vertretbar. Mit dieser Massnahme kann zumindest beim Gemeindepersonal die Kaufkraft teilweise gehalten werden.

Die Budgets der Werke sind in Folge der unterschiedlichen Rechnungslegungsmodelle und der daraus resultierenden Konsolidierungsmechanismen nicht immer leicht zu verstehen. Es zeigt sich aber, dass wir im Grossen und Ganzen die Situation halten konnten. Das gestiegene Volumen im Gaswerk resultiert aus der Gewinnung eines Grosskunden und ist sicher erfreulich. Leider müssen wir aber feststellen, dass das Gaswerk im Bereich Liquidität trotz des Volumenanstiegs nicht als Musterschüler bezeichnet werden kann. Das Budget des Bereiches Abfallentsorgung entspricht nach wie vor nicht den bundesgesetzlichen Vorgaben. Wir sind gespannt, wie die im Kanton zuständige Direktion diesen gordischen Knoten auflösen will und welche Vorschläge präsentiert werden, damit die Gemeinden aktiv werden können.

Die im Budget eingerechneten Fondentnahmen von insgesamt Fr. 423'000.00 sind unseres Erachtens den Fondzwecken entsprechend eingesetzt.

Nun zur Investitionsrechnung: Die Nettoinvestitionszunahme von Fr. 7.5 Mio. im Verwaltungsvermögen ist unseres Erachtens an der oberen Grenze des Zumutbaren. Unter Mitberücksichtigung der Investitionen im Finanzvermögen resultiert ein Finanzierungsfehlbetrag von über Fr. 4.1 Mio.. Dadurch werden unsere Finanzkennzahlen sicher nicht positiv beeinflusst. Der Selbstfinanzierungsgrad ist weiterhin ungenügend. Die steigende Verschuldung belastet die laufenden Ausgaben mehr und mehr. Gegenüber der Rechnung 2007 ist der Kapitaldienst – also die Zinslast – um stolze Fr. 500'000.00 angestiegen. Und dies trotz der derzeit äusserst günstigen Zinssituation. Das soll uns ein deutliches Zeichen sein. Die Gemeinde Neuhausen soll sich beim Investieren auf wirklich Notwendiges konzentrieren. "Nice to Have" liegt nicht mehr drin.

Die RPK kann aber dem Ansinnen des Gemeinderates, den Steuerfuss (inkl. Rabatt) auf 96 % zu setzen, zustimmen. Angesichts der ausgeführten Situation bei der Zinslast und der weiterhin hohen Investitionstätigkeit erachten wir eine weitere Senkung (bzw. Fortführung des 2 % Rabattes) als gefährlich.

Die RPK bedankt sich beim Gemeinderat und dem Gemeindepersonal für die geleistete Arbeit.

Im Namen der RPK stelle ich fest, dass der Voranschlag 2009 den Vorschriften über den Gemeindehaushalt und des Rechnungswesens entspricht. Die geplanten Abschreibungen erfolgen im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften.

Wir beantragen dem Einwohnerrat auf das Budget einzutreten und den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen.

Eintretensdebatte:

ER-Vizepräsident Christian Di Ronco (CVP)

Die CVP hat sich intensiv mit dem Budget 2009 befasst. Das Budget ist mit einem kleinen Aufwandüberschuss von Fr. 64'800.00 praktisch ausgeglichen. Also eine hellschwarze Null. Das sind etwa 0.08 % vom budgetierten Umsatz. Es hätte gerade auch ein Überschuss sein können. Die geplanten Investitionen für nächstes Jahr sind praktisch gleich wie dieses Jahr geplant. Die KMU und das Gewerbe werden es der Gemeinde danken. Denn es werden eher schwierige Zeiten für die Wirtschaft anbrechen und dann ist es erfreulich wenn die öffentliche Hand antizyklisch handelt und investiert. Eigentlich könnte man mit dem Ergebnis rundum zufrieden sein und zur Tagesordnung übergehen. Betrachten wir die budgetierten Steuereinnahmen etwas näher, können wir auch dieses Jahr feststellen, dass der Gemeinderat seine äusserst vorsichtige Haltung bei der Budgetierung der Steuereinnahmen nicht verlassen hat. Dies gerade auch im Hinblick auf die Auswirkungen der Steuergesetzesrevision, welche vom Kantonsrat verabschiedet worden ist. Dafür haben wir Verständnis. Die Abschreibungen fallen mit 0.3 % höher aus als die vom Gemeindegesetz vorgeschriebenen 10 %. Das ist praktisch schon ein halbes Steuerprozent. Die



CVP der Meinung, dass der Steuerrabatt von 2 % (0.4% vom gesamten Budget) auch für 2009 möglich ist. Wir vergeben uns nichts für die Zukunft. Mit dem Instrument des Steuerrabattes können wir ja flexibel auf Veränderungen in der Wirtschaft reagieren. Zu einer attraktiven Gemeinde gehört eben auch nebst allen anderen Vorzügen ein attraktiver Steuerfuss. Wir wollen wachsen mit neuen guten Steuerzahlern aber auch Sorge tragen zu unseren Neuhauserinnen und Neuhauser, welche es verdient haben direkt am Erfolg beteiligt zu werden und damit auch mehr Geld zur freien Verfügung haben. Das ist ja ein erklärtes strategisches Ziel des Gemeinderates und aller bürgerlichen Parteien – so war und ist es aus den Medien zu entnehmen und auf den Plakaten und Wahlunterlagen zu lesen. Ich möchte ja niemandem zu nahe treten. erinnern Sie sich an ihre Wahlaussagen? Die CVP schon. Lassen Sie es nicht nur bei schönen Worten sein sondern zeigen Sie, dass sie Willens sind diese Strategie umzusetzen und stimmen dann unserem Antrag zu.

Die CVP stellt sich nicht gegen die tolle Erhöhung der Lohnsumme von 3.61 % für das Personal. Wir sind aber schon der Meinung, dass die Erhöhung von 3.6 % ohne Not am obersten Ende der Bandbreite angesiedelt ist. Im Durchschnitt liegt diese etwa bei 3 %.

Bei der Detailberatung werden wir uns bei einzelnen Positionen zu Wort melden. Wir danken dem Gemeinderat, der RPK und der Verwaltung für die Erstellung des Budgets und natürlich auch für dessen Einhaltung. Die CVP wird auf das Budget eintreten.

ER Willi Josel (SVP)

Das ausgeglichene Ergebnis ist sehr positiv zu werten, wenn alles so eintrifft, wie sich das der Gemeinderat so vorstellt. Wir finden auch die Investitionen sehr wichtig, die sich jetzt als antizyklisch erweisen. Wir müssen investieren. Wir haben die Investitionen auch beschlossen. Wir müssen lernen das Nötige vom Unnötigen auszusondern und uns auf das wirklich wichtige beschränken.

Die Kehrseite haben wir auch bereits beim Finanzplan schon angesprochen. Die Kennzahlen sind nicht gut. Was auffällt, das ist die Verschuldung, die ansteigt und somit ist die Zinslast um 30 % höher. Das ist ein Zustand, der trotz der guten Zinssätze nicht länger hingenommen werden kann und wenn man hier fragt, was man sinnvolles mit dem Geld der Kantonalbank machen sollte, dann sieht man hier ein breites Spektrum, wie das hier verwendet werden kann.

Zur Steuerpolitik. Wir haben eine veränderte Finanzproblematik. Das wissen wir alle. Wir müssen wahrscheinlich damit leben, dass wir reduzierte Einnahmen haben werden. Mich würde noch interessieren, wie die Zusammensetzung bei den natürlichen Personen ist. Wie viel ist der Anteil an den geplanten Einnahmen, die man sich vorstellt und wie ist der Anteil der juristischen Personen und eben auch bei den Quellensteuern und vielleicht kann man auch zur Vermögenssteuer etwas sagen.

Es wird auch höhere Ausgaben geben. Die Situation ist nicht rosig und das wissen wir alle auch. Bei den Löhnen 3.6 % in der jetzigen ungewissen Lage ist recht happig. Wenn man bedenkt schon in 2008 wollte man mit 1.5 % erhöhen. Also über 5 % Lohnerhöhung ist nicht nichts. Die SVP ist aber der Meinung, dass das die Angestellten der Gemeinde verdient haben und wir werden auch diesem Antrag zustimmen. Was nicht heisst, dass der Gemeinderat alles Geld voll ausgeben muss.

Zum Steuerfuss. Es kommen happige Ausgaben und Aufgaben auf uns zu. Wir müssen mit etlichen Mehrkosten rechnen und es wird reduzierte Steuereingänge geben. Es gibt sicher eine negative Zeit aber wir sind der Meinung, dass es verantwortbar ist den Rabatt von 1 % weiterzuführen. Man wird das allenfalls nächstes Jahr wieder neu ansehen müssen und wir können wieder entsprechend handeln.

Auch wir danken selbstverständlich der RPK, dem Gemeinderat und auch der Zentralverwaltung für die Zusammenstellung und die grosse Arbeit. Die SVP wird auf diese Vorlage eintreten und wir



werden den Anträgen, wenn nicht irgendwelche dramatische Veränderungen gebracht werden, zustimmen und wir werden auch beim 1 % Rabatt mitmachen.

ER Priska Weber (SP)

Seit Tagen ist die Finanzkrise in aller Munde und auch wir kommen um dieses Thema nicht herum. Es ist immer schwierig alle weltlichen Bewegungen in Zahlen auszudrücken, umzusetzen und in ein Budget einzubringen. Wir von der SP finden, dass die im Budget 2009 enthaltenen Zahlen realistisch erstellt worden sind.

Sie wissen, dass ich letztes Jahr gedacht habe, dass der Steuerrabatt von 1 % nicht mehr auf dem Programm stehen wird. Es überrascht mich aber nicht, dass der Gemeinderat auf dem 1 % geblieben ist. Der Steuerrabatt von 1 % ist in dieser Situation nicht gerade die hellste Erleuchtung und ist und bleibt ein Kompromiss zu dem wir schweren Herzens stehen.

Ehrlich gesagt gäbe es bessere Möglichkeiten gegen die kommende Rezession anzugehen, als der vorgesehene Steuerrabatt. Die Besoldung wäre zum Beispiel eine solche Möglichkeit. Wir finden daher die Erhöhung der Lohnsumme von 3.6 % gut, kurbelt sie doch die Konsumkraft an. Es wäre auch grundsätzlich schlauer gewesen in der Konjunktur Reserven anzulegen und in der Rezession Geld auszugeben. Die verfehlte bürgerliche Finanzpolitik, sprich Schuldenwirtschaft, hat dazu geführt, dass wir mit Schulden in die Rezession starten, deswegen viel Geld für Schuldzinsen vergeuden und kaum Handlungsfreiheit zu konjunkturpolitischen Massnahmen haben.

Zuversichtlich stimmen die geplanten Investitionen, wie die Attraktivierung des Ortszentrums, Sanierung Kirchacker und der Badi Otterstall. Setzen Sie ein Zeichen und stehen Sie hinter den Klein- und Mittelbetrieben und den Arbeitsplätzen in Neuhausen, indem sie den kommenden Investitionen zustimmen werden.

Die SP ist für Eintreten, hat aber zu einzelnen Konten noch Fragen.

ER Felix Tenger (FDP)

Die Fraktion der FDP hat das Budget mit Interesse analysiert.

Wir können sicher festhalten, dass auch dieses Jahr wieder ein solides Budget vorliegt. Es bestehen in diesem Jahr ja etwelche konjunkturelle Unsicherheiten, welche unserer Ansicht nach ein eher konservativeres Budget rechtfertigten.

Zum Steuerrabatt. Wir schauen ja immer genau darauf, ob nicht noch etwas mehr drin liegt.

Aufgrund der bekannten Zahlen hätte der Gemeinderat den Steuerfuss wieder mit einem Steuerrabatt von 2 % versehen können, aber angesichts der doch ungewissen wirtschaftlichen Entwicklung haben wir auch ein gewisses Verständnis für einen Rabatt von nur einem Prozent. Wir durchleben im Moment ja eher unsichere Zeiten. Unsere Fraktion findet es deshalb falsch, eine weitere Senkung mit dem Holzhammer zu erzwingen, dies wäre unserer Ansicht nach wenig zielführend. Es ist ja nicht so, dass der Steuerzahler zukünftig gleichviel oder mehr Steuern bezahlen müsste, nein er wird auch mit einem Rabatt von 1 % deutlich weniger bezahlen müssen. Aufgrund der umsichtigen Finanzpolitik unseres Regierungsrates Albicker kann der Steuerzahler ja auf kantonaler Ebene mit Minderbelastungen von 3 – 4 % rechnen, d.h. dass im Gesamten betrachtet wird der Steuerzahler effektiv weniger belastet. Das ist erfreulich und dafür werden wir uns auch weiterhin einsetzen – aber immer mit Augenmass und dem Sinn fürs Machbare.

Noch ein Wort zur geplanten Lohnerhöhung. Ich habe in diesem Rat ja das letzte Mal gesagt, dass die Festlegung ja eigentlich Sache der Sozialpartner ist und dazu stehe ich auch dieses Jahr. Ich kann aber festhalten, dass die Arbeitnehmer offensichtlich sehr gut verhandelt haben. Die 3.6 % befinden sich jedenfalls am obersten Ende der Skala. Die Industrie zahlt zwischen 2 – 3 %, die Stadt Schaffhausen hat 2.5 % geplant, der Kanton 3.5 %. Die Teuerung soll ausgeglichen werden, keine Frage, und wir vertrauen dem Gemeinderat, dass er den Rest nicht via Giesskanne über alle



ausschüttet sondern dieses Geld effektiv den Mitarbeitern mit hoher Leistungsbereitschaft zukommen lässt.

Bei den Investitionen, da kann ich mich meinen Vorrednern anschliessen, sind wir immer noch am obersten Limit, und ich hoffe, dass hier inskünftig keine einschneidenden und schmerzhaften Einschnitte notwendig sind, um die Kennzahlen wieder einigermaßen ins Lot zu bringen.

Die Fraktion der FDP ist für Eintreten. Wir haben in der Detailberatung noch einige Fragen werden aber den Anträge so zustimmen

GP Stephan Rawlyer

Ich danke Ihnen für die gute Aufnahme dieses Budgets. Erlauben Sie mir noch ein paar Bemerkungen zu den Voten der verschiedenen Fraktionen. Es handelt sich meines Erachtens nicht um ein konservatives Budgets, mit dem Begriff solid bin ich schon eher zufrieden. Im Gegenteil, bei den Steuereinnahmen bin ich der Ansicht, dass wir sehr optimistisch sind, möglicherweise vielleicht sogar etwas zu optimistisch. Bezüglich der Lohnerhöhung ist darauf hinzuweisen, dass wir nur wegen dem neuen Personalgesetz 3.6 % bezahlen müssen. Wenn das alte, vor wenigen Jahren noch gültige Personalgesetz Geltung hätte, dann müssten wir 2.9 % plus 0.8 % bezahlen. Die Stufenanstiege der alten Lohnklassen waren jeweils 0.8 %, bei den Lehrern waren sie 1.2 %. Es wäre deutlich teurer gekommen. Bei den Investitionen hat die RPK zu Recht darauf hingewiesen, dass wir am obersten Limit sind. Ich denke der Gemeinderat wird sich da nochmals gewisse Gedanken machen müssen. Ich bitte Sie dann speziell auf die Berichterstattung über den Finanzausgleich zur Kenntnis zu nehmen. Ich bin heute nochmals ermahnt worden von regierungsrätlicher Seite mich strikte an die Informationssperre bezüglich Finanzausgleich zu halten, aber schauen Sie sich dann bitte einmal an, wo Neuhausen am Rheinflall bei der Kopfbelastung der Schulden liegt, wie der Selbstfinanzierungsgrad aussieht und ob das tatsächlich einfach so weitergehen kann. Da müssen wir uns tatsächlich Gedanken machen.

Bei der SP habe ich etwelche Mühe, ich muss es ehrlich sagen. Einerseits sagt man, es gäbe bessere Methoden für die zurzeit in argen Nöten liegende Konjunktur, sagt dann aber zu Recht, die 3.6 % Lohnerhöhung seien ok, das sei gut. Das wir mit unseren Mitteln massgeblich die Konjunktur ankurbeln können. Ich denke, das nimmt niemand ernsthaft an und das die Finanzpolitik der letzten Jahre verfehlt sei, wie das ER Priska Weber (SP) das sagt, das mag ihr Urteil sein, aber sicher nicht dem allgemeinen Urteil. Immerhin ist darauf hinzuweisen, dass wir es in den letzten Jahren geschafft haben, unser Eigenkapital deutlich zu erhöhen, sodass ich davon ausgehen kann, dass wir noch mehrere Jahren haushalten können, in denen wir zu keinem Defizit kommen werden und ich danke, dass ist keine Selbstverständlichkeit. Wir haben mit einem bescheidenen Eigenkapital vor ungefähr 10 Jahren angefangen und sind jetzt bei ungefähr Fr. 3.5 Mio. Ich denke, das ist auch eine positive Errungenschaft.

Die Fragen, welche die SVP gestellt hat, kann ich insofern teilweise beantworten. Bei den natürlichen Personen rechnen wir mit etwa Fr. 18.5 Mio. und bei den juristischen Personen mit Fr. 6.5 Mio. Die Vermögenssteuer kann ich Ihnen nicht so sagen, da sie im aktuellen Zeitpunkt nicht separat ausgewiesen wird. Die Quellensteuer finden Sie im Budget, Konto 9400.01. Die Quellensteuer ist auch recht optimistisch eingetragen worden mit Fr. 3 Mio., weil die Quellensteuer rasch und deutlich die Konjunkturlage abbildet. Wir werden sehen ob wir diese Fr. 3 Mio. 2009 halten werden.

Bezüglich des Steuerfusses bin ich froh, dass die Mehrzahlen der Fraktionen die Ansicht des Gemeinderates teilt, dass 1 % Steuerfussrabatt gerade noch angemessen sei. Bezüglich der Situation bei der Pensionskasse ist darauf hinzuweisen, dass die Pensionskassen nicht nur mit den Aktienkursen kämpfen, wir kämpfen auch mit den Kursen der Obligationen. Zwar sind wir gemäss Buchhaltungsvorschriften verpflichtet, den jeweiligen Marktwert zu bilanzieren und wenn wir als Schuldner die Schweizerische Eidgenossenschaft haben und der Kurs einer Obligation der Schweizerischen Eidgenossenschaft mit 95 % zu Buche steht, dann müssen wir 95 %



aufschreiben, auch wenn wir ganz genau wissen, die Schweizerische Eidgenossenschaft wird 100 % zurückbezahlen. Wenn Sie mehrere 100 Millionen solcher Papiere haben, dann treiben uns natürlich nur solche buchhalterischen Vorschriften hinunter, in Regionen die unangenehm werden, bezüglich des Deckungsgrades.

Die CVP beantragt hier offenbar noch einen zusätzlichen Steuerfussrabatt. Sie argumentiert einmal damit, es sei möglich mit einer Kürzung der Abschreibungen hier etwas hereinzuholen. Ich darf daran erinnern, 0.3 % Abschreibungen ist nicht ein halbes Steuerfussprozent, sondern sind etwa Fr. 62'000.00 bis Fr. 64'000.00. Ich verweise auf Seite 30 des Kommentars und des Details. Sie sehen dort 10.3 % sind Fr. 2'055'000.00. Ich habe jetzt der Einfachheit halber mit Fr. 2 Mio. gerechnet. 10 % sind etwas mehr als Fr. 60'000.00. Das macht natürlich nichts aus. Damit hätte allenfalls der Gemeinderat das Budget ausgleichen können. Ich habe mich aber davor gehütet, zu solchen Möglichkeiten zu greifen. Entscheidender ist aber wirklich, dass wir nicht wissen, welche Steuern wir wirklich in 2009 bekommen werden. Jüngste Prognosen der Kantonalen Finanzverwaltung stimmen mich eher pessimistisch. Was wir hier eingesetzt haben ist wirklich das Alleroberste, was man noch vertreten kann. Bei den juristischen Personen bedurfte es mehrere Telefonate seitens der Kantonalen Steuerverwaltung bei verschiedenen Unternehmungen, dass wir überhaupt noch auf diese Fr. 6.5 Mio. gekommen sind. Als wir angefangen haben, haben wir bei Fr. 5 Mio. gestartet und sind dann sukzessive hinaufgekommen. Bei den natürlichen Personen sind die Fr. 18.5 Mio. äusserst optimistisch. Ich könnte mir auch vorstellen, dass wir das nicht ganz erreichen könnten, wenigstens mit den aktuellen Steuerzahlungen, die bis jetzt vorliegen. Ich möchte jetzt aber nicht schwarz malen, sondern möchte eigentlich auch positiv schauen, ähnlich wie ER Willi Josel (SVP) gesagt hat. Wenn aber tatsächlich der Antrag der CVP durchkommen wird, dann muss ich Sie wirklich warnen, denn das ist meines Erachtens keine verantwortungsbewusste Finanzpolitik mehr. Das ist wirklich ein Lauf auf äusserst dünnem Eis und wir könnten dann jeder Zeit einbrechen in Untiefen und ich weiss nicht, ob wir da wieder rauskommen.

Zu den Ausführungen der RPK. Diesen kann ich mich wirklich anschliessen. Es ist tatsächlich so wie gesagt wurde. Die Belastung der Schulden nimmt tatsächlich immer mehr zu. Von dort her erstaunt es mich doch sehr, welcher Inbrunst man sich dem Geld der Kantonalbank widmet. Es gibt Nachbargemeinden im Klettgau, die brauchen dieses Geld einfach zu Verbesserung der Finanzlage und ich bitte Sie wirklich, schauen Sie sich einmal die Situation an, wie Neuhausen am Rheinflall da steht bezüglich der Belastung. Wir sind uns alle bewusst, welche grossen Investitionen wir noch machen müssen. Diese Investitionen müssen wir ausführen, diese dürfen wir nicht aufschieben, denn wenn der Aufschwung wieder kommt, dann müssen wir eine attraktive Infrastruktur anbieten können. Eine Infrastruktur, die unserem Jahrhundert entspricht und den Anforderungen den Investorinnen und Investoren auch gerecht wird.

In diesem Sinne bitte ich Sie nochmals den Anträgen des Gemeinderates zu folgen.

ER Willi Josel (SVP)

Ich freue mich sehr, dass hier der Humor immer noch vorherrscht, nämlich dass die Schuldenwirtschaft von den Bürgerlichen kommt. Als das Geld der Kantonalbank kam, dann wollte man auf Seiten der SP diesen Betrag mehrfach ausgeben. Man hatte viele Ideen, was mit dem Geld gemacht werden kann. Wir haben uns damals dafür eingesetzt, dass man vermehrt abschreibt. Jetzt ist das Kantonalbankgeld da und bereits muss man eine Kommission bilden, damit man schon wieder weiss, was man alles ausgeben kann. Wer hier von Schuldenwirtschaft spricht, der so einmal sehen, was wir abgelehnt haben, als irgendwelche Wünsche vorhanden waren und wir konnten uns natürlich leider nicht durchsetzen, also hätte die SP Fraktion öfters mit der SVP mitgemacht, dann sähe es anders aus.



ER Jakob Walter (SP)

Es ist ja nicht neu, dass unser Finanzreferent mit der SP manchmal etwas Mühe hat, aber wenn sogar der Präsident der RPK den Anstieg der Verschuldung beklagt, dann weiss ich nicht, welcher Ausdruck als Schuldenwirtschaft am Platze wäre. Noch zum meinem Vorredner ER Willi Josel (SVP). Ich mag mich nicht erinnern, dass der Einwohnerrat einmal mehrheitlich Links gewesen wäre. Wer diese Schulden jetzt zu verantworten hat, dann ist das die bürgerliche Mehrheit.

GP Stephan Rawyler

Im Kantonsrat wüsste Gerold Meier sicher, wann das gewesen wäre, dass die Linke eine Mehrheit in Neuhausen hatte. Entscheidend ist, dass wir in den letzten Jahrzehnten keine Schulden anhäufen für die laufende Rechnung. Das ist eigentlich eine Schuldenwirtschaft. Schulden, die wir haben, sind Fremdmittel. Ich spreche deshalb jeweils auch nicht von Schulden sondern von Fremdkapital. Das ist auch eine Frage der Selbstfinanzierung. Das kommt dort zum Ausdruck. Diesen Fremdmitteln stehen auch gewisse Investitionen gegenüber. Wenn wir diese Investitionen anschauen, dann haben wir eigentlich keine Schulden. Wir haben aber Fremdmittel und die belasten uns etwas. Da müssen wir etwas machen. Ich habe auch seit mehreren Jahren darauf hingewiesen, dass wir mit den Investitionen zurückfahren müssen, dass wir nicht einfach laufend Fremdmittel anhäufen können. Darin sind wir uns völlig einig.

Detailberatung:

ER Christian Schwyn (SVP)

Budget 2009, Voranschlag, Seite 27, Konto 2195 Allgemeines Erziehungswesen, Konto 365.02 Gemeindebeiträge an Mittagstisch

Ist da mit einem grossen Anmeldeboom gerechnet worden oder ist das als Stille Reserve gedacht?

GR Patrick Strasser

Sie wissen ja, dass der Mittagstisch ein privater Verein ist. Das ist mir daher wichtig, das nochmals zu erwähnen, denn während des Gemeinderatswahlkampfes ist ein Leserbrief geschrieben worden, dass der Gemeinderat verantwortlich sei, dass der Mittagstisch noch nicht gestartet wurde. Das ist falsch. Der Mittagstisch ist ein privater Verein und der Start des Mittagstisches wurde verschoben. Die Fr. 45'000.00, welche der Einwohnerrat gesprochen hat, sind daher im Jahre 2008 auch nicht geflossen und werden auch nicht fliessen. Diese sind also weiterhin bei der Gemeinde. Für das nächste Jahr ist es noch offen. Der Vorstand des Vereins Mittagstisch Neuhausen wird in einer Woche entscheiden, ob er starten wird. Zurzeit laufen noch die Anmeldungen, entsprechend wird dann auch der Gemeindebeitrag im nächsten Jahr gezahlt oder falls nicht gestartet wird, wird er nicht gezahlt.

ER Willi Josel (SVP)

Budget 2009, Voranschlag, Seite 27, Konto 2195 Allgemeines Erziehungswesen, Konto 314.01 Unterhalt der Gebäude

Im Kommentar haben Sie auf Seite 4 geschrieben: "Die Telefonanlage im Schulhaus Rosenberg muss ersetzt werden, damit der gestiegene Bedarf (Schulbetrieb benötigt mehr Amtsleitungen) abgedeckt werden kann." Hier interessiert mich, warum diese ersetzt werden muss?



GR Franz Baumann

Es ist im Kommentar ein Fehler. Es betrifft nicht die Telefonanlage im Schulhaus Rosenberg sondern die Telefonanlage im Schulhaus Gemeindewiesen.

Die heutige Anlage stammt aus den 60-er Jahren. Sie hat 3 Amtsleitungen. Wir haben mit der heutigen Technik über ISDN-Anlagen 12 Leitungen zu verwirklichen und die sind von den Gebühren her sehr teuer. Es kommt dazu, dass wir mehr zusätzliche Amtsleitungen benötigen, weil immer zusätzliche Funktionen wie z.B. das schulische Sozialamt, Schulleiter etc. haben und weil die Anlage so alt ist, müssen wir Sie ersetzen. Sie ist immerhin über 40 Jahre alt. Man kann heute auch nicht alles über Handy machen, denn das Handy kommt am Schluss sehr teuer.

ER Willi Josel (SVP)

Budget 2009, Voranschlag, Seite 40, Konto 5320 Arbeitslosenversicherung

Es ist ja damit zu rechnen, dass es in der Zukunft mehr Arbeitslose geben wird. Müsste man hier evtl. einen höheren Betrag einsetzen aufgrund der veränderten Situation?

GR Franziska Brenn

Es ist sehr schwierig zu sagen, wie sich die Wirtschaftssituation auf die Arbeitswelt auswirken wird. Momentan ist die Arbeitslosenquote im Kanton am Steigen. Das sieht man jeden Monat. Es ist ja so, dass man eine Rahmenfrist hat. Die Rahmenfrist ist um die 10 bis 12 Monate, dann gibt es noch Arbeitslosenhilfe und erst dann werden die Personen einem Arbeitsprogramm zugewiesen. So muss man damit rechnen, dass sicher im Jahre 2010 mit einer Erhöhung gerechnet werden muss. Ich denke für das nächste Jahr können wir noch optimistisch sein.

ER Peter Gloor (SP)

Budget 2009, Voranschlag, Seite 44, Konto 5700 Alters- und Pflegeheime, Konto 314.01 Unterhalt der Gebäude

Im Kommentar auf Seite 6 steht: "Anpassung für gehbehinderte Anwohner im Altersheim Schindlergut ist nötig." Sollte das nicht Bewohner heissen anstatt Anwohner?

ER-Präsident Dr. Ernst Schläpfer (SP)

Dem scheint so zu sein.

ER Felix Tenger (FDP)

Budget 2009, Voranschlag, Seite 44, Konto 5700 Alters- und Pflegeheime, Konto 314.02 Unterhalt der Aussenanlage

Da gibt's auch einen Kommentar auf Seite 6. Ich habe etwas gestutzt, als ich das ABR sah. Das ist wahrscheinlich das Rabenfluh. Ich habe mich hier gewundert, dass hier ein Unterhalt anfällt, denn soviel ich weiss, wird der Dementengarten neu erstellt. Ich habe mich dann gefragt, ob die Kosten im Rabenfluh etwas hoch geraten sind oder hoch werden. Ob da allenfalls gewisse Positionen über den Unterhalt abzuschieben. Ist das wirklich Unterhalt oder gehört das nicht in den Neubau hinein? Hat es irgendwo noch andere Positionen, wo Kosten aus dem Neubau in den Unterhalt geschoben werden?



GR Franz Baumann

Es ist tatsächlich der Dementengarten im neuen Alters- und Betreuungszentrum Rabenfluh (ABR).
Betreffend dem Mobiliar ist das so, dass das Ersatz ist für altes Mobiliar, was wir früher im alten Rabenfluh als Gartenmobiliar brauchten und jetzt wurde es so vereinbart, dass alles mobiles Material, wie z.B. Geschirr, Besteck u.s.w. ausgenommen die Pflegebettedecke nicht im Projekt enthalten ist. Es war nicht im Kredit vom Projekt und das ist auch keine Vertuschung, sonst hätten wir das hier ja nicht geschrieben.

ER Willi Josel (SVP)

Budget 2009, Voranschlag, Seite 48, Konto 5880 Asylbewerberbetreuung, Verwaltung

Man spricht ja davon, dass in letzter Zeit wieder vermehrt Asylgesuche gestellt werden. Ist der Gemeinderat hier irgendwie informiert? Sind diese Zahlen noch aktuell oder ist durch die aktuelle Situation eine Erhöhung allenfalls nötig?

GR Franziska Brenn

Es ist momentan ein Kommen und Gehen. Momentan ist die Gartenstrasse voll. Wir haben mehr Asylbewerber vor allem aus Afrika, Somalia. Man muss die Konten 5880, 5881 und 5882 vermischen, weil man das nicht sehr gut trennen kann. Der höchste Beitrag ist bei den Besoldungen Fr. 30'000.00, das ist ein Sozialarbeiter. Solange die Personen im Asylbewerberverfahren sind, kosten sie uns eigentlich nichts. Das bezahlt der Bund. Der Bund bezahlt pro Person Fr. 509.00 pro Monat. Wir bezahlen pro Asylbewerber Fr. 249.00 Lebensunterhalt pro Monat. Somit haben wir eigentlich einen "Gewinn" von Fr. 260.00. Das wird natürlich verwendet für Miete, Flextax etc. Sind dann die Personen nicht mehr im Flüchtlingsstatus, dann übernimmt der Kanton den Unterhalt. Da ist wie ein Durchlaufkonto. Schwierig wird es erst, wenn die Flüchtlinge 7 Jahre bei uns sind. Das ist ein neues Gesetz seit diesem Jahr. Das sind die vorläufig aufgenommenen Personen und die erhalten dann einen ganz normalen Status und sind der entsprechenden Gemeinde zugewiesen. Wir sind dann finanziell für diese Personen verantwortlich. In diesen 7 Jahren muss man bereits versuchen, sie irgendwo zu integrieren. Wir haben momentan 3 Personen im Statuts vorläufig aufgenommene Personen und die arbeiten. Solange sie aber noch Asylbewerber sind, kosten sie uns nicht viel, ausser den Lohn vom Sozialarbeiter.

ER Peter Schmid (SVP)

Budget 2009, Voranschlag, Seite 45, Konto 5700 Alters- und Pflegeheime, Konto 435.52 Mahlzeitenlieferung Mittagstisch

Ich denke, hier kann die gleiche Antwort geliefert werden, wie zum Mittagstisch.

GR Patrick Strasser

Ja, das ist so. Diese Einnahmen sind für das Heim natürlich nur dann, wenn der Mittagstisch gestartet wird. Das ist für das Heim natürlich ein Nullsummenspiel. Auf der anderen Seite hat das Heim mehr Ausgaben.



ER Willi Josel (SVP)

Budget 2009, Voranschlag, Seite 51, Konto 6201 Strassensignalisation und Markierungen, Konto 315.60 Unterhalt Lichtsignalanlagen

Im Kommentar oben auf Seite 8. Was ist ein Verkehrsrechner?

GR Franz Baumann

Der Rechner ist ein Zentralrechner, der bei der Stadt und beim Kanton steht und dort beteiligt sich die Gemeinde mit rd. 6 % daran. Das ist für Neuhausen eine sehr günstige Lösung. Da werden die Lichtsignale von der Enge bis hin nach Herblingen miteinander koordiniert. Dazu braucht es diesen Rechner.

ER Felix Tenger (FDP)

Budget 2009, Voranschlag, Seite 51, Konto 6201 Strassensignalisation und Markierungen, Konto 315.60 Unterhalt Lichtsignalanlagen

Ich habe eine Frage zu den Lichtsignalanlagen an der Kreuzstrasse. Da ist mir zugetragen worden, dass der Rückstau jetzt teilweise grösser ist als vor der Sanierung. Da sollte vielleicht einmal kontrolliert werden, ob diese Lichtsignale richtig geschaltet sind. Ich höre vor allem aus dem Klettgau, dass der Rückstau um einiges grösser ist als früher und dass sie dann über die Engestrasse fahren, was ja auch nicht Sinn und Zweck dieser ganzen Übung wäre. Ich habe auch schon festgestellt, dass es sehr viele Rotperiode bis zur Kreuzstrasse gibt und dann ist an und für sich alles frei. Dort könnte man meines Erachtens sicher längere Grünphasen einschalten. Einfach meine Bitte, das mal entsprechend zu prüfen.

GR Dino Tamagni

Ich werde diese Anregung mitnehmen und dann entsprechend mit der Verwaltungspolizei besprechen. Ich habe bis jetzt noch nie etwas davon gehört aber wenn so etwas wirklich ist, dann kommt in Zukunft direkt zu mir und wartet nicht so lange, bis eine Einwohnerratssitzung ist.

ER Jakob Walter (SP)

Es ist ganz logisch, früher hatten die Autofahrer aus dem Klettgau grün, wenn die Barriere unten war und jetzt gibt es keine Barriere mehr.

GR Dino Tamagni

Das stimmt jetzt nicht ganz. Was zusätzlich dazu kam, das war die Busspur, dass man früher weiter oben einspuren konnte. Das hat sicher dazu beigetragen, dass es eine verlängerte Kolonne gab. Wir haben aber auch gesagt, der Kanton wird dies bei Gelegenheit anschauen und diese Busspur verkürzen, damit dann die Einspurstrecke etwas länger wird. Dann gibt es ein bisschen mehr Platz. Wir werden es auf jeden Fall anschauen.



ER Jakob Walter (SP)

Budget 2009, Voranschlag, Seite 56, Konto 6510 Nahverkehr, Konto 314.06 Neubau, Ausbau und Erweiterungen

Im Kommentar steht hier: 3 neue Wartehallen für Linie 1. Ich bin hier davon ausgegangen, dass es um "Bushäuschen" geht. Sind diese Wartehallen allenfalls ein Ersatz für etwas, dass bei der Baustelle Zollstrasse untergegangen ist? Kann uns der Kanton, der ja Bauherr war, diese "Bushäuschen" belasten?

GR Franz Baumann

Der Ausdruck Wartehalle stammt aus dem Projekt. "Bushäuschen" wäre sicher volkstümlicher. Aber es ist nicht so, wie ER Jakob Walter (SP) gesagt hat. Beim Vorprojekt waren überhaupt keine "Bushäuschen" mehr vorgesehen und zwar aus Platzgründen. Das eine wäre vorgesehen an der Klettgauerstrasse, dort bei der Mauer zur Alcan. Diese Bushaltestelle wurde ja während des Projekts geändert und ist jetzt neu wieder an der Zollstrasse. Die anderen zwei "Bushäuschen" waren nicht vorgesehen, weil gar kein Platz vorhanden wäre. An der Rhenaniastrasse und auf der Seite Neue Welt, vor der Unterführung. Aufgrund dessen hat man zuerst versucht, die alten "Bushäuschen" hinzustellen. Leider sind sie total verrostet, also kam das nicht in Frage. So ein "Bushäuschen" kostet Fr. 20'000.00. Es ist die gleiche Art, wie diejenigen, die an der Scheidegg stehen.

ER Peter Gloor (SP)

Man hätte besser die alten Wartehallen stehen lassen, die waren nämlich aus Aluminium.

GR Franz Baumann

Die alten Wartehallen waren ja ein Geschenk von der APG. Wir haben diese nie selber finanziert. Das ist heute nicht mehr so. Wir müssen diese jetzt selber bezahlen.

ER-Vizepräsident Christian Di Ronco (CVP)

Budget 2009, Voranschlag, Seite 64, Konto 7900 Raumplanung, Konto 390.91 Mob., Masch., Fahrz. Umw. U. Raumpl.; Verrechnung Abschreibungen

Mich haben die Fr. 125'000.00 erstaunt bei einem Aufwand von Fr. 230'000.00. Es ist eigentlich nur ein Büro mit zwei Tischen.

GP Stephan Rawyler

Ich bitte Sie weiterzublättern auf Seite 85. Dort sehen Sie die Investitionen 2007, 2008 und 2009. Sie sehen alleine für 2008 sind Nettoinvestitionen von Fr. 425'000.00 geplant. Fr. 105'000.00 für 2009. Das müssen wir alles abschreiben und zwar mit 20 %. Das sind alles Mobilien und dann kommen wir auf diese Fr. 125'000.00.



ER Felix Tenger (FDP)

Budget 2009, Voranschlag, Seite 68, Konto 8300 Tourismus, Konto 318.83 Rheinfallgebiet

Da haben wir einen Voranschlag von Fr. 150'000.00. Wir hatten 2007 Fr. 16'188.00 in der Rechnung und 2008 im Budget Fr. 30'000.00. Wir hatten zuerst eine Verdoppelung und jetzt eine Verfünfachung. Was ist da enthalten? Geht das jetzt so weiter und haben wir dann nächstes Jahr Fr. 1.5 Mio. auf diesem Konto?

GR Franz Baumann

Die Kosten, die im Rheinfallgebiet auflaufen sind zu einem grossen Teil für den Anteil der Organisation IG Rheinfall. Wir haben ja einen Vertrag zwischen dem Kanton SH, der Pensionskasse, dem Kanton ZH und der Gemeinde NH und dort beteiligen wir uns mit 25 %. Dann sind im weiteren sog. NRP Projekte vorgesehen für das nächste Jahr. Dafür gibt es dann einen Bericht und Antrag. Das können wir nicht einfach so finanzieren und dann sind etwa 9 Projekte aufgelegt. Ohne Geld geht am Rheinfall nichts! Aber wir können in diesem Fall nicht von Millionenbeträgen sprechen.

ER-Präsident Dr. Ernst Schläpfer (SP)

Als Mitglied der IG Rheinfall ergänze ich hier noch, dass der Betrag eher zu klein ist.

ER Felix Tenger (FDP)

Budget 2009, Voranschlag, Seite 69, Konto 8620 Gasversorgung/Gaswerk, Konto 321.00 Verzinsung der Kontokorrentschulden

Hier habe ich festgestellt, dass auch hier eine deutliche Erhöhung stattfindet. Das Zinsniveau ist an und für sich in den letzten Jahren nicht gestiegen. Es ist stabil geblieben oder allenfalls sogar gesunken. Weshalb muss man sich hier so verschulden? Liegt das am Cashmanagement, dass man hier etwas verbessern könnte oder ist einfach die Gesamtrechnung, wenn man das Werk anschaut, nicht rentabel?

GR Franz Baumann

Es geht darum, dass es den Gaswerken an Liquidität fehlt. Bis heute war es so, dass das kurzfristige Geld aus einem grossen Topf der Städtischen Werke kam und der ist heute auch leer, weil das EW Schaffhausen auch keine Liquidität hat und deshalb müssen wir das Kapital auf dem Markt aufnehmen. Gemäss unserem Zentralverwalter sind das für Gas- und Wasserwerk für 2009 rd. Fr. 3 Mio. und die müssen wir dann verzinsen. Wir müssen ja investieren, damit die Werke ajour bleiben.

ER Rolf Forster (SVP)

Budget 2009, Voranschlag, Seite 68, Konto 8300 Tourismus, Konto 318.83 Rheinfallgebiet

Es fanden ja grössere Rodungen statt. Zu welchen Lasten gingen diese?

GR Franz Baumann

Alles an den Kanton, Forst.

ER Peter Gloor (SP)

Budget 2009, Voranschlag, Seite 72, Konto 9420 Betrieb und Unterhalt Liegenschaften des Finanzvermögens, Konto 434.10 Wasserverrechnung Gartenbauverein

Ich stelle jetzt nicht den Antrag, diese Position zu streichen, aber ich finde hier nicht mal die Ausgaben von Fr. 149.55, die in der Rechnung 2007 aufgeführt sind. Ich möchte beliebt machen, diesen Posten das nächste Mal zu streichen.

GR Franz Baumann

Ich kann das nur bestätigen. Es sollte auch nicht mehr über diese Rechnung laufen, aber es war schon drinnen.

ER-Vizepräsident Christian Di Ronco (CVP)

Budget 2009, Voranschlag, Seite 72, Konto 9420 Betrieb und Unterhalt Liegenschaften des Finanzvermögens, Konto 423.02 Autoparkplätze

Bei den Autoparkplätzen sind ein Drittel weniger Einnahmen geplant. Sind diese jetzt gratis zu haben?

GR Franz Baumann

Soviel ich mich erinnern kann, hängt es damit zusammen, dass wir weniger Parkplätze im Bereiche der Baustelle Zollstrasse. Dort haben wir vermietete Plätze an der Bad. Bahnhofstrasse. Die konnten wir alle während der Bauzeit nicht vermieten.

GP Stephan Rawyler

Auf Seite 25 im Kommentar finden Sie das Detail. Dort sieht man, dass der Baumgarten wegfällt. Das stimmt natürlich nur, wenn auf dem Baumgarten auch gebaut wird. Sollte das eine Verschiebung geben, was ich natürlich nicht hoffe, dann hätten wir wieder eine Einnahme.

ER Christian Di Ronco (CVP) stellt folgenden Antrag:

Erhebung einer Gemeindesteuer gemäss den Bestimmungen des kantonalen Steuergesetzes vom 1. Januar 2001 und den seither beschlossenen Änderungen von 97.0 Prozent, wobei 2009 eine Reduktion von 2.0 Prozent auf 95.0 Prozent.

GP Stephan Rawyler

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie beim gemeinderätlichen Antrag zu bleiben. Gegenwind führt zu Aufwind, aber ich darf den Präsidenten der Kantonalen CVP doch dran erinnern, dass er noch eine Volksinitiative hängt hat, bei der es um noch höhere Kinderabzüge geht und die er bis



heute nicht zurückgezogen hat. Würde diese Volksinitiative auch noch angenommen werden, das ist ja nicht ausgeschlossen, denn wer sagt denn schon zu höheren Kinderabzügen nein, dann könnten wir noch einmal ca. Fr. 200'000.00 wegnehmen. Ich verstehe den Antrag der CVP schlechthin nicht.

Der Antrag wird mit 3 : 15 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Antrag 1 wird deshalb wie folgt beschlossen:

1. Erhebung einer Gemeindesteuer gemäss den Bestimmungen des kantonalen Steuergesetzes vom 1. Januar 2001 und den seither beschlossenen Änderungen von 97.0 Prozent, wobei 2009 eine Reduktion von 1.0 Prozent auf 96.0 Prozent erfolgt.

Der Antrag wird mit 15 : 3 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

Zweiter Antrag (ohne Gegenantrag)

2. Genehmigung des Voranschlages 2009 inkl. einer Erhöhung der vom Gemeinderat beeinflussbaren Lohnsumme von 3.6 %. Die individuelle Verteilung liegt in der Kompetenz des Gemeinderates.

Der Antrag wird mit 18 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

Ziffer 1 dieser Anträge untersteht gemäss Art. 14 lit. b der Verfassung der Einwohnergemeinde Neuhausen am Rheinfall vom 29. Juni 2003 (NRB 101.100) dem fakultativen Referendum.

Schlussabstimmung:

Die ganze Vorlage wird mit 18 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

Das Geschäft ist somit erledigt.



TRAKTANDUM 3 Postulat Renzo Loiudice (SP): Sozial- und ökologisch nachhaltiges Beschaffungswesen

Stellungnahme:

GR Franz Baumann

Im Bericht und Antrag des Gemeinderates an den Einwohnerrat vom 20. Januar 2005 betreffend die Aufhebung der Submissionsverordnung der Einwohnergemeinde Neuhausen am Rheinfall vom 14. Dezember 2000 wurde auf folgenden Sachverhalt hingewiesen: Das öffentliche Beschaffungswesen erfuhr in den letzten zehn Jahren in der Schweiz und weltweit einen radikalen Umbruch durch internationale Staatsverträge, das Bundesgesetz über den Binnenmarkt und die Interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen. Es liegt im Interesse der auf dem Markt der öffentlichen Aufträge anbietenden Unternehmen, aber auch der öffentlichen Auftraggeber selber, dass die aktuelle Neuordnung des öffentlichen Beschaffungswesens in Bund, Kantonen und Gemeinden zu einer möglichst harmonisierten Lösung führt.

Der Einwohnerrat hat den Bericht und Antrag an seiner Sitzung 3. März 2005 beraten und der Aufhebung der kommunalen Submissionsverordnung per 30. April 2005 mit 16 zu null Stimmen zugestimmt.

Bei der Vergabe von Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge durch die Gemeinde sind somit die Vergaberichtlinien zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen zu beachten. Einen besonderen Stellenwert bei der Vergabe von Aufträgen haben die in den Artikeln 21, 31 und 32 erwähnten Eignungskriterien und Zuschlagskriterien. Die Gemeinde ist bei der Festlegung dieser Kriterien relativ frei, wobei jedoch die Grundsätze der Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung zu beachten sind.

Der Gemeinderat begrüsst Massnahmen für ein sozial- und ökologisch nachhaltiges Beschaffungswesen und ist bereit wo möglich, entsprechende Kriterien in die Ausschreibungsunterlagen aufzunehmen. Wir werden ja, sofern wir das bekommen unter dem Label Energiestadt diverse Kriterien für den Einkauf von Materialien und Arbeit festlegen. Wir beziehen ja heute schon Material und Esswaren z.B. Kaffee von Max Havelaar im Altersheim oder kein Tropenholz. Wir wählen heute bereits nur Lieferanten aus, welche sich verpflichten, dass ihre Produkte mit sozialer und ökologischer Verantwortung hergestellt werden. Beispielsweise bei EDV Produkten Papier und Reinigungsmaterial. Die Erarbeitung und Festlegung von griffigen Kriterien flächendeckend wird aufwendig und schwierig sein. Eine Kontrolle der Einhaltung der entsprechenden Auflagen in den Verträgen dürfte nur beschränkt möglich sein. Die Gemeinde wird für diese Arbeiten externe Fachpersonen beauftragen müssen mit den entsprechenden hohen Kosten. Gleichzeitig würde es nicht ohne zusätzlichen Personalaufwand in der Gemeinde gehen.

Es stellt sich jedoch die Frage, ob es nicht sinnvoller wäre, die erwähnten Kriterien auf kantonaler Stufe zu erarbeiten. Es ist ja am 22. August 2008 von Kantonsrätin Susanne Debrunner von der SP unter dem Titel "Keine Ausbeutung von Steuergeldern" ein gleichlautendes Postulat eingereicht worden. Die kantonale Verwaltung verfügt eher über das erforderliche Fachwissen und der Regierungsrat könnte durch eine Ergänzung seiner Verordnung vom 15. April 2003 zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen alle Schaffhauser Gemeinden einbinden und Vergleiche mit zwei oder drei Kantonen in der Schweiz machen.



Aus diesen Gründen ist der Gemeinderat gegen die Erheblicherklärung des Postulates und empfiehlt Ihnen dessen Rückweisung.

ER Renzo Loiudice (SP)

In dieser globalisierten Welt ist es natürlich sehr verlockend, bei einer Material-Beschaffung möglichst nach dem billigsten zu suchen. Teilweise ist das sehr leicht: man hat bereits Länder, die man kategorisch ausschliesst (z.B. wenn es um die Beschaffung von präparierten Steinen geht) und direkt auf Länder zusteuert, die von vornherein am billigsten produzieren. Leider hat dies eben auch eine Kehrseite: Viele dieser Waren (z.B. auch Textilien oder Fussbälle) sind unter menschenverachtenden Bedingungen hergestellt. Hungerlöhne, 70 bis 80 Stundenwochen, Arbeitsbedingungen welche die Gesundheit zerstören, Kinderarbeit und Sklavenarbeit.

Wir als SP sind klar der Meinung, dass Gemeinden im Bereich der öffentlichen Beschaffung von Waren und Dienstleistungen eine besondere Verantwortung tragen. Sie dürfen sich beim Kauf nicht nur vom Preis leiten lassen, sondern müssen auch auf faire Produktionsbedingungen achten. Nur wenn eine Nachfrage nach fair produzierten Produkten besteht, werden diese auf dem Markt auch angeboten oder anders gesagt: unser Einkaufsverhalten beeinflusst die Arbeitsbedingungen in den Herkunftsländern. Mit ca. Fr. 15 Milliarden jährlich stellen die Gemeinden in der Schweiz eine erhebliche Nachfragemacht dar. Solche "überprüfte" Produkte zu kaufen ist ja heute bereits möglich, denn für viele Produkte gibt es bereits vertrauenswürdige Labels und Zertifikate.

Für uns heisst das, dass faire Beschaffung heute also möglich ist. Schweizerische Betriebe müssen arbeitsrechtliche Auflagen erfüllen, die ihre Produkte verteuern. Es darf nicht sein, dass die öffentliche Hand diese Produkte dort billiger beschafft, wo sie unter Verletzung der Menschenrechte hergestellt werden. Wie gesagt: keine fairen Löhne, missbräuchliche Kinderarbeit und Arbeitsorte, an denen die Arbeiter wie Sklaven gehalten werden. Das sind für uns Gründe, die uns veranlassen haben, diese Aktion vom Schweizerischen Arbeiterhilfswerk zu unterstützen und darum von der Gemeinde verlangt haben, über ihr Einkaufsverhalten in diesem sensiblen Produktbereich einen Bericht und Antrag zu verlangen.

Die SP Neuhausen nimmt davon Kenntnis, dass die Gemeinde Neuhausen bereits heute bei einigen Produkten auf Labels und Zertifikate achtet, was sehr erfreulich ist. Ich merke, dass sich der Gemeinderat schwer tut, sich auf dem Postulattext zu verpflichten.

Geschätzte Wohnerrätinnen und Wohnerräte, ich werde heute nicht auf Details eingehen, aus diesem Grund wurde ihnen ein "Leitfaden für Gemeinden" geschickt. Dort hat es konkrete Vorschläge, wie dies Gemeinden in Angriff nehmen können. Mir scheint es wichtig, nochmals zu betonen, dass wir in dieser globalisierten Welt bei diesen Themen nicht mit geschlossenen Augen dastehen sollen und uns keine Gedanken über jene Leute machen, welche missbräuchlich unter verachtenden Arbeitsbedingungen leben müssen. Es geht schliesslich auch um unsere Steuergelder, welche in solche Käufe investiert werden. Wir wollen keine Ausbeutung mit unseren Steuergeldern finanzieren. Wir als Gemeinde haben die Möglichkeit, den Profiteuren in dieser Welt aufzuzeigen, dass sie ihren Mitarbeitern faire Arbeitsbedingungen stellen müssen. Wird es ihnen nicht schwarz vor Augen, wenn sie in Fernsehberichten zuschauen müssen, wie Kleinkinder (die auf Spielplätze und in Schulen gehören) Steine schlagen oder Fussbälle nähen oder Textilien bleichen. Können Sie das mitverantworten? Wir können dies nicht!

Aus diesen Gründen empfehle ich Ihnen, unser Postulat im Sinne der Solidarität vor allem gegenüber den Kindern, die sich vor missbräuchlicher Kinderarbeit nicht selbst wehren und schützen können, dem Gemeinderat zu überweisen.

*Diskussion:*ER Thomas Theiler (CVP)

Die Fraktion der CVP hat das Postulat besprochen und wird es nicht unterstützen. Seit drei Jahren beachtet die Gemeinde Neuhausen die Vergaberichtlinien zur interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen. In diesen Vereinbarungen werden die wichtigsten Richtlinien für die faire Vergabe von Aufträgen und Dienstleistungen geregelt. Mit diesem Postulat wird die Gemeinde aufgefordert, sämtliche Verträge mit ihren Lieferanten auf die geforderten Vereinbarungen hin zu überprüfen. Da diese Prüfungen nicht einfach von heute auf morgen erledigt werden könnten, müsste mit erheblichen Kosten eventuell auch für externe Berater für die Gemeinde gerechnet werden. Die CVP ist daher der Meinung, dass solch neue Vereinbarungen über das Beschaffungswesen kantonal geregelt werden sollten und nicht jede Gemeinde für sich ein Süppchen kochen sollte.

ER Peter Schmid (SVP)

Die Fraktion der SVP tritt auch ein für ein soziales und ökologisch nachhaltiges Beschaffungswesen. Wir wissen, dass dieses in der Gemeindeverwaltung auch heute schon und, wo immer möglich, angewendet wird. Eine Gewährleistung oder Sicherstellung für faire und ökologische Produktionsbedingungen bei der Beschaffung von Waren und Dienstleistungen und von fairen Lohn- und Arbeitsbedingungen auch für Waren aus dem Ausland hätte folgende Konsequenzen:

Jeder Lieferant müsste zertifiziert werden und müsste seinerseits den Nachweis für faire und ökologische Produktionsbedingungen und für faire Lohn- und Arbeitsbedingungen erbringen. Eine Zertifizierung kostet je nach Betriebsgrösse ab Fr. 20'000.00 und kann schnell auf über Fr. 100'000.00 steigen. Wer soll das bezahlen? Jede Lieferung, jede Ware, jedes Teilchen müsste vom Lieferanten mit dem Herstellerland, dem Produzenten, der Warendeclaration etc. etc. ausgezeichnet werden. Ein enormer Aufwand, vor allem für kleinere und mittlere Unternehmen. Die Gemeinde könnte vermutlich nicht mehr beim Metzger, beim Bäcker, im Milch- und Käseladen und bei der Floristin im Dorf einkaufen, weil diese KMU-Betriebe und Gewerbetreibende nicht in der Lage sein werden, alle verlangten Vorgaben, wie z.B. eine Zertifizierung, zu erfüllen. Wie sollte die Floristin nachweisen, dass die Proteas-Blume aus Südafrika nicht durch Kinder abgeschnitten und verpackt wurde? Eine Gewährleistung oder Sicherstellung der Gemeinde für faire und ökologische Produktionsbedingungen bei der Beschaffung von Waren und Dienstleistungen und von fairen Lohn- und Arbeitsbedingungen würde auch einen sehr komplexen Kontrollaufwand nach sich ziehen. Jede noch so kleine Lieferung müsste erfasst und protokolliert werden. Es müssten regelmässige Kontrollen bei Lieferanten durchgeführt werden. Wer soll das alles kontrollieren? Wer soll das alles bezahlen? Wir alle streben nach einer schlanken, kostengünstigen und effizienten Verwaltung. Dann sollten wir sie nicht noch mit solchen Aufgaben belasten, die unter dem Strich gesehen nämlich fast gar nichts bringen, weil sie nicht umsetzbar sind. Wir schlagen ein Einkaufspapier vor, welches allen Einkäufern in der Gemeinde abgegeben wird. Darin sind Empfehlungen für ein soziales und ökologisch nachhaltiges Beschaffungswesen vorzusehen. Möglichst einfach, aber effizient. Die Fraktion der SVP lehnt das Postulat ab.



ER Markus Anderegg (FDP)

Ich schliesse mich zur Sache zu diesem Postulat meinen Vorrednern an. Darüber möchte ich nicht mehr länger werden. Was ich wirklich loswerden möchte ist, dass dieses Postulat wirklich eine Zumutung an diesen Rat ist. Es wird schweizweit dieser Text beraucht und dann mundgerecht gemacht und der Gemeinde vorgelegt. Es wundert mich doch sehr, dass ausgerechnet die linke Seite, die eigentlich allergisch auf Abkürzungen im Text ist, hier ein absolutes Paradebeispiel von unverständlichen Texten bildet. Was das für ein unglaublicher Aufwand wäre, überhaupt nachzuvollziehen, was es dann wirklich bewirken sollte, habe ich dann relativ schnell sein lassen. Ich bitte die linke Seite von solchen Postulaten in Zukunft abzusehen. Die FDP wird das Postulat ablehnen.

ER August Hafner (SP)

Irgendwie wird da auf der rechten Seite gewaltig übertrieben. Letztlich hätte man nur einer der letzten Sätze vom SVP Sprecher hinaushören sollen als er gesagt hat, letztlich würde es genügen, wenn den massgeblichen Einkäufern auf Gemeindeebene ein Blatt abgegeben werde, wie sie sich zu verhalten hätten. Um viel mehr geht es da eigentlich nicht. Es geht nicht darum, den Kanton vorzuschieben, der auf Gesetzes- bzw. auf Verordnungsebene solche Anforderungen formulieren muss, weil wir haben es vom Gemeinderat gehört, dass ein sehr grosser Handlungsspielraum besteht für jedes Vergabeorgan. Da braucht es weder eine Kontrolle, dass da alles haarklein zertifiziert ist, sondern da müssen nur die groben Richtlinien vorgegeben werden, dass im Sinne und Geist dieses Postulates die Beschaffungen getätigt werden und da müssen Sie keine Angst haben, dass irgendwo ein riesiger Aufwand betrieben werden muss, wenn uns der Gemeinderat mitteilt, wenn er Bericht erstattet, wie er gemeindeintern, dass überall die nötige Sensibilität vorhanden ist, bei der Beschaffung, dann ist das Postulat erfüllt und darum können Sie ihm auch zustimmen.

ER Walter Herrmann (FDP)

Ich glaube wir sollten zuerst einmal bei uns selber beginnen. Meine Uhr kommt von Preisig. Ich weiss nachträglich, dass dieses Armband auch Hongkong kommt. Wie kann ich beurteilen, wie dieses Armband hergestellt wurde. Schauen Sie Ihre Brillengestelle an. Woher kommen diese? Ihre Kugelschreiber? Die Handys? Wir können das einfach selber nicht beurteilen, wo das herkommt. Auch die Gemeinde kann das nicht tun. Wir müssen einfach auf diese Länder einwirken. Politisch, dass diese Kinderarbeiten verschwinden. Ich habe das Gefühl, wenn wir so detaillierte Auskünfte haben wollen, dann finden wir keinen Ausweg aus der Situation. Das muss politisch auf anderer Ebene angegangen werden. Wie die Sklaven- und Kinderarbeit.

ER Peter Schmid (SVP)

So wie ich ER August Hafner (SP) verstanden habe, schwächt er dieses Postulat schon wieder ein bisschen ab, indem er Richtung Freiwilligkeit geht. Das Postulat verlangt aber ganz klar eine Gewährleistung und Sicherstellung!



GR Franz Baumann

Ich möchte im Namen des Gemeinderates einen Vorschlag an den Postulanten machen. Ich möchte Ihnen bitten das Postulat in eine Interpellation umzuwandeln und ich versichere Ihnen, dass wir bei jeder Vergabe auf die Forderungen, die Sie hier stellen für fairen Handel, Randsteine nicht aus China (das machen wir bereits) und dann würden wir uns dazu verpflichten, dass wir das machen werden. Wir hoffen, dass Sie damit leben könnten.

ER Renzo Loiudice (SP)

Mit dem Vorschlag von GR Franz Baumann kann ich sehr gut leben.

ER-Präsident Dr. Ernst Schläpfer (SP)

Dann wäre das Postulat zurückgezogen und umgewandelt in eine Interpellation. Wir haben darüber diskutiert. Ist der neue Interpellant mit der gemeinderätlichen Beantwortung zufrieden?

ER Renzo Loiudice (SP)

Ja, ich bin damit zufrieden.

Das Geschäft ist somit erledigt.



TRAKTANDUM 4 Interpellation Ernst Schläpfer (SP): Trottentheater

Beantwortung:

GR Dino Tamagni

Zuerst möchte ich dem Interpellanten für die wirksame Werbung für das Trottentheater danken. ER Ernst Schläpfer (SP) hat vollkommen Recht, dass unser Neuhauser Kleintheater wahrlich weit herum bekannt und beliebt ist und vom Herbst bis in den Frühling ein attraktives Programm bietet und sicher weiterhin bis Ende Saison 2010 bieten wird.

Nun zum Thema Feuerpolizei:

Die für das Trottentheater zuständige Person der Feuerpolizei ist kein Fanatiker. Dokumentiert wird dies mit seinen grosszügig angesetzten Fristen und Nachfristen. Ob er etwas von Kultur versteht, kann der Gemeinderat nicht beurteilen, jedoch können wir nachvollziehen, dass er aufgrund des Kantonalen Brandschutzgesetzes vom 8. Dezember 2003 und dessen Verordnung von 2004 rechtlich richtig gehandelt und den Ermessenspielraum zu Gunsten der Gemeinde ausgelegt hat.

Bevor auf die Fragen von ER Ernst Schläpfer (SP) eingegangen werden kann, erachtet es der Gemeinderat als wichtig, sie über das wesentliche der Kontrolle vom 16. Juli 2007 sowie über die Nachkontrolle vom 11. August 2008 zu informieren.

Zitat aus dem Protokoll der Nachkontrolle vom 16.07.2007:

- "Mängel im Brandschutz, insbesondere dann, wenn die Personensicherheit tangiert wird, können nicht auf unbestimmte Zeit toleriert werden.
- Einzelne Fristen, die im Protokoll der periodischen Brandschutzkontrolle vom 16. Juli 2007 festgelegt wurden, sind ungenutzt verstrichen.
- Wir gewähren Ihnen auf die bereits verstrichenen Fristen eine Nachfrist. Die Mängel sind bis spätestens dieser Nachfrist zu beheben.
- Für die Mängel gem. Ziff. 3.1 – 3.4 können wir keine Nachfristen gem. Brandschutzverordnung Art. 9 Abs. 3 gewähren. Die Fluchtwegsituation aus dem Obergeschoss ist zu gravierend. Die Fristen wurden bereits grosszügig angesetzt.

Ferner: Wird die Fluchtwegsituation aus dem Obergeschoss nicht fristgerecht, (*hier bis zum 31.12.2009*) richtig gestellt, wird die Kantonale Feuerpolizei die Schliessung des Obergeschosses des Trottentheaters verfügen."

Zu ergänzen ist noch, dass die erwähnten Ziffern 3.1 – 3.4 die horizontale Brandabschnittsbildung, die fehlende Bodentüre über der Bühne, die vertikale Brandabschnittsbildung sowie die brennbaren Treppen betreffen. Diese Mängel sind entweder beim nächsten Umbau oder bis spätestens 31.12.2009 zu beheben.

Des Weiteren wurden für folgende weitere Mängel Fristen zur Erledigung bis zum 31.12.2008 angesetzt: Notausgangtüren, fehlende Sicherheitsbeleuchtung, Schweinwerfer auf brennbarem Material, Sicherheitsbeleuchtete Rettungszeichen, manuelles Ausschalten der Rettungszeichen bzw. dass man das nicht darf, maximale Personenbelegung Trottebeizli 1. OG, Fluchtweg-freihaltung, Personalinstruktion, ungenügender Schutzbereich Blitzschutzanlage diese jedoch bis 2012. (das meiste ist bereits erledigt).



Nicht nur aufgrund der feuerpolizeilichen Auflagen sondern auch wegen diversen technischen und baulichen Mängeln, wie unter anderem eine überalterte Heizung und Lüftung ohne Wärmerückgewinnung, ungenügend abgesicherte Elektroinstallationen, defekte Bestuhlung, gefährlicher Treppenabgang von der Cafeteria ins Theater, ungenügende bis gar keine Isolation des Gebäudes, hat der Gemeinderat 2007 eine Studie zur Sanierung des Theaters an ein Architekturbüro in Auftrag gegeben. Das Resultat war ernüchternd - denn die Sanierung kostet ¾ Millionen Franken, wovon rund 250'000.00 auf die Umsetzung der Brandschutzmassnahmen fallen würden. Dabei gilt es noch anzumerken, dass es sich hierbei nicht um eine Luxusvariante handelt.

Zu den Fragen

1. Empfindet der Gemeinderat das Auftreten der Feuerpolizei nicht auch in vielen Punkten als übertrieben, wenn nicht gar als vögtisch ?
-

Der Gemeinderat ist der Meinung, dass in diesem Fall das Auftreten des Feuerpolizisten korrekt und eher als kulant bezeichnet werden muss. Wie der Gemeinderat in anderen Fällen die Auflagen der Feuerpolizei empfindet, hat nichts mit der Rechtsprechung zu tun.

2. Ist der Gemeinderat auch einmal gewillt, Zivilcourage zu zeigen und sich den Anordnungen der Feuerpolizei zu widersetzen, falls diese wieder einmal allzu unvernünftig ausfallen?
-

Der Gemeinderat ist gewillt, sofern die Anordnungen der Feuerpolizei unbegründet sind, den rechtlichen Weg einzuschlagen und den Regierungsrat anzurufen.

Im Fall Trottentheater hat er sich nicht den Anordnungen widersetzt, dafür hat er mit seinem Verhalten eine Ansetzung von Nachfristen erwirkt.

3. Empfindet der Gemeinderat die feuerpolizeilichen Auflagen für das Trottentheater als notwendig und sinnvoll ?
-

Wie schon vorgängig erwähnt, spielt es insofern keine Rolle wie der Gemeinderat in diesem Fall empfindet, da sich die Feuerpolizei auf das geltende Recht stützt. Einerseits ist dies das Brandschutzgesetz vom 8. Dezember 2003, welchem Du als Kantonsrat auch zugestimmt hast und andererseits die Brandschutzverordnung. Ganz klar muss jedoch im Fall Trottentheater gesagt werden, dass die Anordnungen berechtigt und nachvollziehbar sind.

4. Ist der Gemeinderat tatsächlich gewillt, das Trottentheater aus feuerpolizeilichen Gründen zu schliessen und damit auf diese Kultureinrichtung zu verzichten?
-

Grundsätzlich kann das Theater auch ohne "Trottenbeizli" weiterbetrieben werden, jedoch muss klar gesagt werden, dass beides miteinander eng verknüpft ist und somit eine Schliessung, falls der Souverän keine Sanierung bewilligt, unumgänglich ist. Dies bedeutet aber nicht, dass gleichzeitig auf das kulturelle Angebot verzichtet werden muss. Bevor aber ein Kredit über Fr. 750'000.00 beim Volk beantragt wird, müssen vorgängig Alternativen zur Erbringung des Kulturangebots geprüft werden.



5. Kommen die Auflagen allenfalls sogar dem Gemeinderat entgegen, damit er das Trottentheater schliessen und so diese Auslagen Sparen kann?
-

Nein. Die Gemeinde steht zu ihrem kulturellen Angebot. Deshalb wurde auch zeitig die Trottenkommission über den Sachverhalt informiert. Dieselbe Kommission war der Meinung, dass das Kulturangebot bestehen bleiben soll, dies aber nicht zwingend in den Räumlichkeiten der Trotte sein muss. Seitens der Kommission wurde angeregt, die Lokalitäten Cinévox, Estrich Werkhof, Central, SIG in Erwägung zu ziehen. Ganz klar ist, dass in allen Gebäuden Anpassungen gemacht werden müssten und deshalb kaum die Rede von "Auslagen Sparen" sein kann.

6. Ist der Gemeinderat allenfalls gewillt, alles Machbare zu unternehmen, damit er den sinnvollen Teil (sofern es einen solchen gibt) der feuerpolizeilichen Auflagen erfüllen und damit die Kultureinrichtung des Trottentheaters erhalten kann ?
-

Aufgrund der Studie ist der Gemeinderat der Meinung, dass die Sanierung ganzheitlich, d.h. nicht nur die feuerpolizeilichen sondern auch die technischen, baulichen und energetischen Mängel, erfolgen muss. Eine Teilsanierung oder eine etappenweise Sanierung ist unsinnig.

Diskussion:

ER-Präsident Dr. Ernst Schläpfer (SP)

Tut mir leid, ich kann natürlich mit dieser Antwort nicht zufrieden sein in verschiedener Hinsicht und ich möchte deshalb Diskussion darüber.

Man muss schon ein bisschen ausholen. Es sind zwei Dinge. Ich bezweifle keineswegs, dass sich die Feuerpolizei nicht im Rahmen des entsprechenden Gesetzes bewegt. Es hat allerdings dann wenig zu tun, wie man da genau vorgeht. Ich habe in all den Jahren nicht erlebt, dass man zusätzliche Rechtserlasse geschaffen hat. Wenn ich dann das Ganze anschau, dann weiss ich sehr wohl, dass es da einen gewissen Spielraum gibt und dieser Spielraum wird aus meiner Sicht recht lustig ausgenutzt von der Feuerpolizei und so kommt es dann eben, dass man ziemlich zweifelt, ob das ganze auch richtig ist. Ich darf Ihnen sagen, an unserer Schule haben wir die Türe zur Tiefgarage dreimal gekehrt wegen der Feuerpolizei, weil sie den Fluchtweg immer wieder gekehrt hat. Oder wie ich zu Hause gebaut habe, haben wir mit den Spengler den Aussenkamin geschützt und die Feuerpolizei ist vorbeigekommen und hat gesagt, das geht nicht so und der Spengler hat dann gesagt, aber in Schaffhausen habe ich das genau so gemacht und dort wurde es so abgenommen. Da gibt es schon einen gewissen Spielraum. Natürlich, wenn Sie die Mängel akzeptiert haben und dann noch kulant Fristen gemacht werden, dann werden sie ihm nicht vorwerfen können, dass er da nicht korrekt gewesen ist. Das glaube ich sofort. Weil es ja vermutlich auch in vielen Sachen völlig unnötige Vorschriften sind, dann man auch die Fristen noch relativ weit hinausschieben. Logischerweise denke ich mir auch, wenn ich ins Trottentheater gehe und ins 1. OG gehe, dann merke ich auch, dass diese Treppe relativ gefährlich ist und weil sie gefährlich ist, laufe ich auch vorsichtig. Wenn sie dann nicht mehr gefährlich ist, wird der erste hinunterfallen wahrscheinlich. Ich finde es ausserordentlich schade, dass man versucht solche sehr wertvolle kulturelle Sachen, die Jahrzehnte gelaufen sind, einfach so versucht zu schliessen. Natürlich, ich glaube auch Euch und die Frage 5 war auch ironisch gemeint, aber man hat schon manchmal das Gefühl man kann sich so schön hinter Gesetzen und Polizei verstecken und müsste



eigentlich handeln. Ich wäre schon froh, wenn Sie sich das nochmals gut überlegen. Die Treppe ist gefährlich und Sie werden vermutlich auch sonst keine Möglichkeit haben, dort etwas Sicheres einzubauen, aber das ist ja genau der Reiz dieser kulturellen Einrichtung. Die Leute, die dort verkehren, wissen auch, dass man dort aufpassen muss. Ich wäre sehr froh, wenn der Gemeinderat wirklich nur das Notwendige und Sinnvolle saniert und versucht, dieses wertvolle Theater zu erhalten. Das wäre mir ein grosses Anliegen. Ich habe seit Jahren das Abo und es wäre für mich etwas sehr schlimmes, wenn dieses Theater einfach geschlossen werden müsste, nur weil einer gesagt hat, dass es da vielleicht brennen könnte.

GR Dino Tamagni

Ich muss ER Ernst Schläpfer (SP) insofern Recht geben, dass es stimmt, dass das Trottentheater zu Neuhausen gehört und es ist ein schmuckes Theater und da liegt mir auch etwas daran. Dass wir hier nur das Nötigste machen können ist etwas schwierig. Der Stein des Anstosses war ja ursprünglich die Sanierung der Sitzgruppen. Die fallen auseinander. Da kommt immer wieder Martin Althaus von der Bauverwaltung und leimt alles wieder zusammen. Sobald wir diese Auswechseln, müssen wir sanieren resp. es muss dann der Sitzabstand eingehalten werden etc. etc. Das gilt auch für die Heizung, die jedes Mal notbedürftig zusammengesetzt wird. Die ist etwa 35 Jahre alt. Diese wollten wir ersetzen, weil wir keine Ersatzteile mehr kriegen. Da haben wir auch ein bisschen an unser Energielabel gedacht, dass wir dann auch gleichzeitig die Wärmedämmung machen. Aus diesem Grund mussten wir Anfragen, wie das ist und dann man die Antwort von der Feuerpolizei und dann sind wir natürlich in den Hammer gelaufen. Einfach machen können wir nicht, denn es braucht bauliche Änderungen im Theater. Das Gesetz ist so ausgelegt. Die neuste Nachricht ist der Verein Schönhalde, der das Bögli von der Alcan übernommen hat und da eine Sanierung gemacht hat und jetzt zusätzlich von Fr. 150'000.00 bis Fr. 200'000.00 sucht, weil zusätzliche Brandmassnahmen kommen. Genau Gleiches ist uns natürlich auch im Rabenfluh passiert und auch im Rosenberg. Andere Heime haben das in Schaffhausen erfahren. Ich denke mir, vielleicht müssen wir einen Teil auch auf unsere Kappe nehmen. Da haben wir in 2003 zuwenig gewusst oder nicht den Durchblick gehabt. Ich schätze das auch ein bisschen so ein. Vielleicht hätte man da anders vorgehen müssen. Nun haben wir das Gesetz. Man sollte es ein bisschen lockern können, vor allem auf Verordnungsstufe, dass wieder mehr möglich sein sollte. Einen absoluten Brandschutz können wie sowieso nie erhalten.

Das Geschäft ist somit erledigt.



ER-Präsident Dr. Ernst Schläpfer (SP)

Ich möchte Euch recht herzlich für das engagierte Mitwirken danken. Ich bin der einzige der Einwohnerräte, der nicht mehr zur Wiederwahl antritt und ich wünsche Euch allen viel Erfolg bei der Wahl und wünsche Euch eine würdevolle Wiederwahl. Ihr habt auch bereits eine Liste mit den neuen Sitzungsdaten für das Jahr 2009 erhalten. Sicher ist, dass die erste Sitzung am 15. Januar 2009 stattfindet.

Wir sehen uns wieder am 4. Dezember 2008 zur nächsten Sitzung. Die heutige Sitzung ist geschlossen.

Für den Einwohnerrat Neuhausen am Rheinfall

Dr. Ernst Schläpfer
Präsident

Sandra Ehrat
Aktuarin